

N I E D E R S C H R I F T

zur 27. Sitzung der Gemeindevertretung der Wahlzeit 2011-2016

am Donnerstag, den 17.07.2014.

Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr

Sitzungsende: 21:50 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion

Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender), Konrad Ammenhäuser, Dr. Christian Dittrich, Rainer Pfeffer, Hilmar Stahl

SPD-Fraktion

Kurt Barth (Vorsitzender der Gemeindevertretung), Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender), Rolf Hintermeier, Andreas Kaletsch, Siegfried Koch, Karl-Heinz Kraft, Jürgen Rabenau

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende), Reinhard Ahrens, Frank Nowak

FDP-Fraktion

Christian Fischer (Fraktionsvorsitzender)

Fraktion Freie Bürgerliste Weimar

Martina Klein, Winfried Laucht, Erika Zeman

Entschuldigt:

Von der CDU-Fraktion

Matthias Happel, Manfred Möller

SPD-Fraktion

Helmut Paulsen

Fraktion Freie Bürgerliste Weimar

Hans Jakob Heuser (Fraktionsvorsitzender)

Anwesende des Gemeindevorstandes:

Bürgermeister Eidam, die Beigeordneten Thomas Nuhn (I. Beigeordneter), Helge Fuhr, Reinhard Karber, Reiner Sauer, Andreas Tauche, Frank Dieffenbach, Helmut Wenz

Entschuldigt fehlten:

Alexander Steiß, Elisabeth Wege

Schriftführerin: Rita Rohrbach

Tagesordnung:

1. **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
2. **Bericht aus dem Gemeindevorstand;
Mitteilungen des Bürgermeisters**
3. **Projekt "Älter werden in Weimar";
hier: Sachstand zu Nachbarschaftshilfen / Einrichtung einer
Koordinatorenstelle
Kurzvortrag des Fördervereines für Bürgerhilfe Weimar e.V.
30/4/2014/11-16**
4. **Bericht der Jugendpflege für das Jahr 2013
50/3/2014/11-16**
5. **Antrag der CDU-Fraktion vom 03.06.2014 bezgl. eines Berichts über den
baulichen Zustand der Feuerwehrgerätehäuser in der Gemeinde Weimar
(Lahn)
41/22/2014/11-16**
6. **Neufassung der Verwaltungskostensatzung
10/1/2014/11-16**
7. **Neuwahl von zwei Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Weimar
(Lahn) II
31/2/2014/11-16**
8. **Stellenbesetzungssperre;
hier: Freigabe einer Stelle zur Besetzung
11/23/2014/11-16**
9. **Antrag auf Erwerb der Gaststätte im Bereich des Bürgerhauses
Niederwalgern
20/8/2014/11-16**
10. **"Zeiteninsel - Archäologisches Museum Marburger Land";
hier: Übernahme von Investitions- und Betriebskosten
00/3/2014/11-16**
11. **Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der FBW-Fraktion und der FDP-
Fraktion vom 03.07.2014 zur Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED
Technik
60/9/2014/11-16**
12. **Anfragen**
 - 12.1. **Anfrage der SPD-Fraktion vom 30.06.2014 zum Sachstand zur Kinderkrippe
Fliegenpilz
31/5/2014/11-16**
 - 12.2. **Anfrage der SPD-Fraktion vom 30.06.2014 zum Zustand des gemeindeeigenen
Abwasserkanalnetzes
41/30/2014/11-16**
 - 12.3. **Anfrage der SPD-Fraktion vom 30.06.2014 zur Planung Allna-Renaturierung
60/8/2014/11-16**
13. **Verschiedenes**

Inhalt der Verhandlungen:

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Kurt Barth, eröffnete um 20.00 Uhr die Sitzung, begrüßte die anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung, des Gemeindevorstandes, Herrn Bürgermeister Eidam, die Schriftführerin sowie den Vertreter der Presse.

Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt und veröffentlicht wurde. Es waren 19 Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter anwesend, so dass das Gremium beschlussfähig war.

Weiterhin gab Herr Kurt Barth bekannt, dass es zu dem Tagesordnungspunkt 8 (Stellenbesetzungssperre) noch Beratungsbedarf im Gemeindevorstand gebe, so dass über diesen Tagesordnungspunkt nicht beraten werden könne.

**2. Bericht aus dem Gemeindevorstand;
Mitteilungen des Bürgermeisters**

- a) Beschluss, den Auftrag zur Installation einer Rettungswegekennzeichnung sowie einer vernetzten Rauchmelderanlage für den Kindergarten in Oberweimar an die Fa. SES Schneider zu vergeben.
- b) Beschluss, zur Anfrage des Landhandels Willenbrink, den Mindest-Kaufpreis für die Flächen von ca. 15.000 m² auf 35,00 €/m² festzusetzen.
- c) Beschluss, die Arbeiten zur Kanalerweiterung „Siedlungsstraße“ an die Fa. Blei Straßen- und Tiefbau GmbH & Co KG aus Reiskirchen zu vergeben.
- d) Beschluss, den Auftrag für Rohbauarbeiten an die Fa. Wilhelm Scheld aus Biedenkopf zu erteilen.
- e) Beschluss, den Erdcontainer für das Ausheben und Verfüllen der Friedhofsgräber von der Fa. Rimann, Künzell, anzuschaffen.
- f) Beschluss, im Vorgriff auf den Nachtragshaushaltsplan 2014 bei Kostenstelle 02010201 „Europawahl“ einen Betrag in Höhe von 700,00 Euro überplanmäßig zur Verfügung zu stellen.
- g) Beschluss, die Jugendfreizeit 2015 der Gemeinde Weimar (Lahn) in Narbonne-Plage (Südfrankreich) durchzuführen.
- h) Beschluss über die Beschaffung von 19 LED Straßenleuchten für die Ortsteile Kehna und Allna.
- l) Beschluss, den Auftrag für den Ausbau der Stichstraße „Altes Dorf“ an die Fa. Fritz Herzog AG zu erteilen.
- j) Beschluss, den Auftrag für die Gerüstarbeiten (Kiga Nwe) an die Fa. Böth zu erteilen.
- k) Beschluss, den Bericht der Jugendpflege der Gemeindevertretung vorzulegen. Empfehlung, den Bericht künftig nur noch auf Antrag aus der Gemeindevertretung vorzulegen.
- l) Beschluss, den Auftrag für die Blitzschutz- und Elektroarbeiten für den geplanten zweigruppigen U3-Kindergarten in Niederweimar an die Fa. SES Schneider zu erteilen.

- m) Beschluss, dass der Auftrag für die Zimmerarbeiten für den U3-Kiga-Neubau an Fa. Holzbau Becker erteilt wird.
- n) Beschluss, dass der Auftrag für die Dachdeckerarbeiten für den geplanten U3-Kiga im OT Niederweimar an Fa. Günter Specht erteilt wird.
- o) Bürgermeister Eidam teilte mit, dass die aufsichtsbehördliche Genehmigung des Haushaltsplanes 2014 vorliege und nunmehr im gemeindlichen Mitteilungsblatt veröffentlicht wurde.
- p) Am 16.07.2014 habe die Abschlussveranstaltung zur Region „Marburger Land“ stattgefunden. Es seien viele gute Ideen aufgenommen worden. Er hoffe, dass das Regionale Entwicklungskonzept nunmehr abgeschlossen und fristgerecht zum 01.09.2014 dem Ministerium vorgelegt werden könne.
- q) Am 28.07.2014, 18.00 Uhr, finde eine kleine Feierstunde zum 40-jährigen Geburtstag der Gemeinde Weimar (Lahn) im Bürgerhaus Niederweimar statt. Dabei werde auch die erstellte Chronik zur Gebietsreform vorgestellt.

**3. Projekt "Älter werden in Weimar";
hier: Sachstand zu Nachbarschaftshilfen / Einrichtung einer
Koordinatorenstelle
Kurzvortrag des Fördervereines für Bürgerhilfe Weimar e.V.
Drucksache: 30/4/2014/11-16**

Die Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Jugend, Familie und Sport, Frau Schneider, berichtete, dass zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Schmidt und Herr Happel von dem Förderverein „Bürgerhilfe Weimar e.V.“ anwesend waren und über die bisherige Arbeit berichtet hätten. Frau Schmidt habe dargestellt, dass es bei dem Thema „Älter werden in Weimar“ zunächst einmal um die Schaffung einer Koordinatorenstelle gehe.

Nachdem eine Fragebogenaktion und mit Unterstützung der Stabstelle Altenhilfe und der Moderation von Dr. Smolka bereits im Frühjahr 2013 Bedarfe von ehrenamtlicher Arbeit durch interessierte Bürgerinnen und Bürger ermittelt wurden, konnte die Möglichkeit des Versicherungsschutzes der ehrenamtlichen Helfer insofern geklärt werden, dass Ehrenamtliche nur dann versichert seien, wenn ein eingetragener Verein mit entsprechender Satzung im Hintergrund stehe, was bedeute, dass eine Einzelmitgliedschaft der ehrenamtlichen Helfer notwendig werde, wenn sie sich absichern möchten. Da das Gemeindegebiet sich über 12 Ortsteile erstrecke und aufgrund der stetig wachsenden Zahl von Hilfesuchenden, sei die Organisation allein auf ehrenamtlicher Grundlage nicht mehr zu bewältigen. Der Bürgerhilfeverein habe daher beschlossen, eine Koordinatorenstelle zu schaffen und einen entsprechenden Antrag gemäß § 45c SGB XI auf Förderung einer solchen Stelle, welches in Kooperation mit der Gemeinde geschehe, zu stellen. Dazu sei es notwendig, dass zunächst ein Konzept erarbeitet werde, das auch Maßnahmen zur Qualifizierung und zur Betreuung von Demenzkranken enthalte. Sobald dieses Konzept Anerkennung finde, könne der Antrag auf Förderung einer Koordinatorenstelle gestellt werden. Dies müsse bis zum 30.11.2014 erfolgen, um für das Jahr 2015 eine Bewilligung zu bekommen. Bei der Finanzierung handele es sich um eine Mischfinanzierung von Pflegekassen, Landkreis und Gemeinde.

Frau Schmidt habe darauf hingewiesen, dass der Verein offen sei für alle Bürgerinnen und Bürger aller Ortsteile und keinesfalls die Absicht bestehe, in

Konkurrenz zu anderen Vereinen oder Organisationen der Gemeinde zu treten. Man wolle ein ortsübergreifendes Netzwerk schaffen und so von einem Ortsteildenkmal abkommen, ohne dass die bereits bestehenden Vereine und Organisationen auseinander gerissen werden. So seien Vereine, wie beispielsweise Bürger helfen Bürgern, immer zu Veranstaltungen und Gesprächen eingeladen worden. Zum Schluss habe Frau Schmidt darauf hingewiesen, dass am 30.07.2014 im Ratsaal der Gemeindeverwaltung eine Info-Veranstaltung des Bürgerhilfevereins für Interessierte stattfinden.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

4. **Bericht der Jugendpflege für das Jahr 2013**

Drucksache: 50/3/2014/11-16

Auch hierzu berichtete die Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Jugend, Familie und Sport, Frau Schneider.

Auf Nachfrage aus dem Gremium habe Herr Ott mitgeteilt, dass für die Ferienbetreuung auch Kinder aus der Gemeinde Fronhausen aufgenommen worden seien, diese aber ein höheres Betreuungsentgelt zu leisten hätten. Bürgermeister Eidam habe hierzu ausgeführt, dass ein Termin mit Bürgermeister Weber vorgesehen sei. Die Plätze seien stets frühzeitig alle belegt und auch in den Herbstferien gebe es keinen freien Platz mehr.

Hinsichtlich der Jugendclubs habe Herr Ott erklärt, dass es immer wieder mal Probleme gebe. Allerdings gebe es bei Nichteinhaltung der Vorgaben entsprechende Konsequenzen. Das Rauchen hingegen sei kaum noch ein Thema, jedoch sei die Nutzung der Jugendräume eher rückläufig, so Herr Ott. Bezüglich des Jugendclubs Wenkbach sei zwar darüber nachgedacht worden, das Büro des Ortsvorstehers als Jugendraum zur Verfügung zu stellen, dem stehe jedoch Jugendpfleger Ott kritisch gegenüber, da in diesem Haus noch 2 Familien wohnhaft seien. Er habe das Thema an die Jugendlichen herangetragen, jedoch noch keine Rückmeldung erhalten. Probleme, die es hinsichtlich der Nutzung von Sanitäreinrichtungen im Jugendraum Roth gab, seien nicht mehr vorhanden.

Auch zu der Aktion „LEON“ habe Herr Ott mitgeteilt, dass derzeit ca. 15 Geschäfte daran beteiligt seien, die Zahl jedoch zunehmend sei. Die Aufklärung der Kinder erfolge in Zusammenarbeit mit der Grundschule.

Zur Nutzung des Kindergartenbusses habe Herr Ott mitgeteilt, dass die Zahlen eher rückläufig seien, die Beförderung funktioniere jedoch gut.

Bezüglich des Internetcafé's habe Herr Ott berichtet, dass zwar noch der Raum, nicht aber mehr die Computer von der Volkshochschule verwendet werden, da die Betriebssysteme veraltet seien und eine Aktualisierung durch die Gemeinde nicht geleistet werden könne.

Frau Schneider führte noch aus, dass aufgrund einer Vorlage des Gemeindevorstandes darüber diskutiert wurde, ob der Bericht der Jugendpflege weiterhin in dieser Form vorgelegt werden solle oder auf Anforderung der Gemeindevertretung da Herr Ott erklärt habe, dass er für die Erstellung des Berichtes ca. 1 Woche Arbeitszeit benötige. Vorschlag von ihr sei daher gewesen, alternativ Herrn Ott künftig zu einer Sitzung mit einer Fragerunde einzuladen. Diese Überlegung solle jedoch zunächst in den Fraktionen thematisiert werden.

Da es bezüglich dieser evtl. künftigen Handhabung noch keine Beschlussempfehlung des Ausschusses gebe, solle diese Angelegenheit nochmals in der nächsten Ausschusssitzung beraten werden.

Beschluss: ohne

Beratungsergebnis: Zurückgestellt

5. Antrag der CDU-Fraktion vom 03.06.2014 bezgl. eines Berichts über den baulichen Zustand der Feuerwehrgerätehäuser in der Gemeinde Weimar (Lahn)

Drucksache: 41/22/2014/11-16

Herr Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender CDU) stellte den Antrag seiner Fraktion vor:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, bis spätestens zur 1. Sitzung der Gemeindevertretung nach den Herbstferien (lt. Sitzungskalender wäre dies der 20.11.2014) umfassend über den baulichen Zustand der Feuerwehrgerätehäuser in der Gemeinde Weimar (Lahn) zu berichten und bei geplanten bzw. notwendigen Maßnahmen ein Sanierungskonzept mit Kostenschätzung vorzulegen. Dabei sollen auch die Möglichkeiten der energetischen Sanierung berücksichtigt werden.

Zur Begründung führte Herr Kisslinger aus, dass die technische Ausstattung der Freiwilligen Feuerwehren der Gemeinde Weimar (Lahn) mit Geräten und Fahrzeugen als gut bezeichnet werden könne. Dennoch entstehe in manchen Feuerwehrgerätehäusern der Eindruck, es bestünde zum Teil ein großer Sanierungsbedarf. Als Beispiel nannte er hier das Feuerwehrhaus in Niederweimar, wo es u.a. offenbar bereits seit längerer Zeit im Bereich des Abluftkamins der Heizung einen Feuchtigkeitsschaden im Mauerwerk gebe, was zu größeren Putzschäden geführt habe.

Um für die Zukunft einen Überblick über den entstehenden Sanierungsbedarf zu bekommen und um dafür ein mittelfristiges Konzept zu erarbeiten, ist es erforderlich, den Statusquo zu dokumentieren und daraus einen Maßnahmen-, Prioritäten- und Investitionsplan zu entwickeln. Anstehende Investitionen für das Jahr 2015 könnten dann auch im Haushaltsentwurf 2015 berücksichtigt werden.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den vorstehenden Antrag der CDU-Fraktion zur Erledigung an den Gemeindevorstand zu überweisen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

6. Neufassung der Verwaltungskostensatzung

Drucksache: 10/1/2014/11-16

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Dr. Dittrich, berichtete, dass Bürgermeister Eidam im Ausschuss die Gründe für die Anpassung der Verwaltungskostensatzung erläutert habe und Herr Dörr an 2 Beispielen den möglichen Umgang bzw. die Ermittlung von Gebühren, bei denen Rahmengebühren vorgegeben seien, erläutert habe.

Herr Rabenau (SPD) wies darauf hin, dass für eine genaue und nachvollziehbare Gebührenermittlung das Vorliegen der Zahlen der Kosten- und

Leistungsrechnung notwendig werde.

Herr Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender SPD) fragte nach dem Deckungsgrad der ermittelten Gebührensätze.

Bürgermeister Eidam antwortete, dass er diesen nicht genau beziffern könne. Es handle sich zum Teil um Verwaltungskosten, die einen Gebührenrahmen ermöglichen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die Neufassung der Verwaltungkostensatzung in der von der Gemeindeverwaltung vorgelegten Form.

Beratungsergebnis: 12 Ja-Stimmen, 6 Gegenstimmen, 1 Stimmenthaltung

7. Neuwahl von zwei Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Weimar (Lahn) II

Drucksache: 31/2/2014/11-16

Herr Reiner Sauer verließ während der Beratung dieses Tagesordnungspunktes den Sitzungssaal.

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Dr. Dittrich, berichtete, dass der Ausschuss der Gemeindevertretung empfehle, dem Direktor des Amtsgerichtes zur Besetzung des Ortsgerichtes Weimar (Lahn) II Herrn Reiner Sauer aus dem OT Roth und Herrn Harry Liedtke aus dem OT Wenkbach vorzuschlagen. Herr Sauer soll darüber hinaus als Stellvertreter des Ortsgerichtsvorstehers vorgeschlagen werden.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, dem Direktor des Amtsgerichtes zur Besetzung des Ortsgerichtes Weimar (Lahn) II Herrn Reiner Sauer aus dem OT Roth und Herrn Harry Liedtke aus dem OT Wenkbach vorzuschlagen. Herr Sauer soll darüber hinaus als Stellvertreter des Ortsgerichtsvorstehers vorgeschlagen werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig

**8. Stellenbesetzungssperre;
hier: Freigabe einer Stelle zur Besetzung**

Drucksache: 11/23/2014/11-16

Dieser Tagesordnungspunkt wurde nicht behandelt.

Beschluss: ohne

Beratungsergebnis: Zurückgestellt

**9. Antrag auf Erwerb der Gaststätte im Bereich des Bürgerhauses
Niederwalgern**

Drucksache: 20/8/2014/11-16

Bürgermeister Eidam erläuterte hierzu, dass der derzeitige Pächter der Gaststätte am Bürgerhaus Niederwalgern fristgerecht zum 31.12.2014 das Pachtverhältnis gekündigt habe.

Es seien in der Vergangenheit mit dem Pächter hinsichtlich einer erforderlichen

Neueinrichtung der Gaststätte und notwendiger Sanierungsmaßnahmen mehrere Gespräche geführt worden. Notwendige Maßnahmen hätten jedoch aufgrund der nicht vorhandenen Haushaltsmittel entfallen müssen.

Der Pächter habe als Alternative dazu den Erwerb des Gebäudeteiles beantragt, um die Sanierung und Neueinrichtung selbst vornehmen zu können. Das Ortsgericht habe inzwischen eine Wertfeststellung in Form einer Schätzung vorgenommen.

Für die weitere Beratung und Entscheidung zu Detailfragen, z.B. die Zufahrtsregelung, Ausweisung von Stellplätzen oder auch eigenständige Heizungsinstallation, erscheine eine Übertragung der Zuständigkeit an den Gemeindevorstand in dieser Angelegenheit zweckmäßig.

Nach Diskussionsbeiträgen verschiedener Fraktionen und der Überlegung, vor einer Beschlussfassung zunächst das zu erstellende Konzept über die Nutzung der Bürgerhäuser abzuwarten, danach eine Entscheidung zu treffen und den Vorschlag von Herrn Wenz (Fraktionsvorsitzender SPD), die Beschlussvorlage um einen Punkt b) mit folgender Formulierung zu ergänzen: „Bei der Entscheidung sind die Empfehlungen des noch vorzulegenden Nutzungskonzeptes sowie den Vorschlag von Frau Schneider (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen), dass auch die Stellungnahme des Ortsbeirates eingeholt werden solle, zu berücksichtigen“, erfolgte die Beschlussfassung wie folgt:

Beschluss:

- a) Die Gemeindevertretung beschließt, die Zuständigkeit der Angelegenheit „Antrag auf Erwerb der Gaststätte im Bereich des Bürgerhauses Niederwalgern“ gem. § 50 HGO an den Gemeindevorstand zu übertragen.
- b) Bei der Entscheidung sind die Empfehlungen des noch vorzulegenden Nutzungskonzeptes und die Stellungnahme des Ortsbeirates Niederwalgern zu berücksichtigen.

Beratungsergebnis: 18 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltungen

10. "Zeiteninsel - Archäologisches Museum Marburger Land"; hier: Übernahme von Investitions- und Betriebskosten

Drucksache: 00/3/2014/11-16

Bürgermeister Eidam führte aus, dass die Gemeindevertretung am 23.05.2013 beschlossen habe, der Genossenschafts-Zeiteninsel beizutreten und finanzielle Unterstützung in den ersten 3 Betriebsjahren zu leisten.

Die Gemeindevertretung habe den Gemeindevorstand im Rahmen der Haushaltsberatungen beauftragt, mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf und der Universitätsstadt Marburg Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, einen Vertrag auszuarbeiten, der den jeweils zu leistenden Anteil an den Investitionen und den künftig anfallenden Betriebskosten der 3 Partner festschreibe.

Über das Ergebnis der Verhandlungen habe er den Gemeindevorstand und die Fraktionsvorsitzenden per Mail unterrichtet. In der Niederschrift des Treffens vom 28.05.2014 war vereinbart worden, dass der öffentlich-rechtliche Vertrag im Sinne einer Absichtserklärung von den kommunalen Gremien bestätigt werden müsse.

Die Beschlussfassung über die vorgesehene Kostenaufteilung sei Grundlage für die abzuschließende öffentlich-rechtliche Vereinbarung. Sollten die kommunalen Gremien die vorgesehene Kostenaufteilung nicht mittragen, müsse ggf. erneut

verhandelt werden.

Weiterhin sei eine Beschlussfassung als Signal gegenüber dem Land Hessen zu sehen, dass sich sowohl der Landkreis Marburg-Biedenkopf, die Stadt Marburg und die Gemeinde Weimar (Lahn) als auch der Förderverein bzw. die Genossenschafts-Zeiteninsel gemeinsam gegenüber dem Land in die notwendige finanzielle Verpflichtung nehmen lassen wollen.

Herr Laucht (FBW) brachte sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass seiner Meinung nach der Kreis einerseits zu diesem Thema und andererseits hinsichtlich der Genehmigung des gemeindlichen Haushaltes mit zweierlei Maß messe. Er habe kein Verständnis dafür, dass der Kreis zum einen die Kommune veranlasse, die Grundsteuerhebesätze anzuheben, aber andererseits die Gemeinde veranlasse, einen Betrag in Höhe von 53.000,- € für diese freiwillige Investition aufzubringen. Er beantragte zu den Punkten a) und b) getrennte Abstimmung.

Beschluss:

- a) Die Gemeindevertretung beschließt, vorbehaltlich der entsprechenden Beschlussfassungen der Stadt Marburg, des Landkreises Marburg-Biedenkopf und des Fördervereines bzw. der Genossenschaft Zeiteninsel nach Abzug des Beitrages von Sponsoren, 10 % der Investitionssumme in Höhe von 530.000 Euro zu übernehmen. Auf den von der Gemeinde zu erbringenden Betrag in Höhe von 53.000 Euro sind die bereits durch die Gemeinde erbrachten Sachleistungen (z. B. der Ankauf des Parkplatzgeländes) anzurechnen.

Beratungsergebnis: 17 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

- b) Die Gemeindevertretung beschließt, vorbehaltlich der entsprechenden Beschlussfassungen der Stadt Marburg, des Landkreises Marburg-Biedenkopf und des Fördervereins bzw. der Genossenschaft Zeiteninsel, 10 % des Zuschussbedarfs des jährlichen Betriebskostendefizits des Museums zu übernehmen. Hierbei ist die Geschäftsführung durch die drei Gebietskörperschaften zu kontrollieren.

Hierüber ist mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf, der Universitätsstadt Marburg, sowie der Gemeinde Weimar (Lahn) und dem Förderverein bzw. der Genossenschaft Zeiteninsel eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung abzuschließen.

Beratungsergebnis: 12 Ja-Stimmen, 5 Gegenstimmen, 2 Stimmenthaltungen

11. Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der FBW-Fraktion und der FDP-Fraktion vom 03.07.2014 zur Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED Technik

Drucksache: 60/9/2014/11-16

Herr Kaletsch (SPD) stellte den gemeinsamen Antrag der SPD/FBW und FDP-Fraktion vor:

Der Gemeindevorstand wird beauftragt, mindestens 200 Straßenlampen, die mit Quecksilberdampflampen betrieben werden, auf LED Technik umzurüsten. Diese Maßnahme ist bis zum Jahresende 2014 abzuschließen.

Zur Begründung führte Herr Kaletsch aus, dass in der Straßenbeleuchtung ein enormes Potential zur Reduzierung der Energiekosten stecke. Moderne LED

Technik benötige gegenüber konventioneller Beleuchtung bei gleicher Lichtstärke nur rund 1/10 der Energie, verringere den Wartungsaufwand und entlaste damit erheblich den Haushalt der Gemeinde. Darüber hinaus trage eine energieeffiziente Straßenbeleuchtung erheblich zur CO²-Minderung bei. Aufgrund der zur Verfügung stehenden Mittel aus den übertragenen Haushaltsresten und dem Haushalt 2014 ist eine solche Umrüstung finanzierbar.

Bürgermeister Eidam erklärte hierzu, dass die Verwaltung sich bereits seit längerer Zeit mit dem Thema beschäftigt. In 2 Ortsteilen (Kehna und Allna) sei bereits ein Austausch vorgenommen worden.

Nachdem nun der genehmigte Haushalt vorliege und die entsprechenden Mittel zur Verfügung stünden, könnten weitere Umrüstungen erfolgen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den Gemeindevorstand zu beauftragen, mindestens 200 Straßenlampen, die mit Quecksilberdampflampen betrieben werden, auf LED Technik umzurüsten. Diese Maßnahme ist bis zum Jahresende 2014 abzuschließen.

Beratungsergebnis: 18 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

12. Anfragen

Schriftliche Anfragen:

12.1. Anfrage der SPD-Fraktion vom 30.06.2014 zum Sachstand zur Kinderkrippe Fliegenpilz

Drucksache: 31/5/2014/11-16

Herr Kaletsch (stellvertretender Fraktionsvorsitzender) stellte folgende schriftlich formulierte Anfrage:

Seit geraumer Zeit beschäftigt sich die Gemeindevertretung intensiv mit dem Thema der Kinderbetreuung in der Gemeinde Weimar (Lahn). Auch 2013 äußerte die Kindergruppe „Fliegenpilz“ e.V. die Bitte gegenüber der Gemeinde Weimar (Lahn) nach einer höheren finanziellen Unterstützung zur Aufrechterhaltung ihres Betreuungsangebotes. Bis heute ist unserer Kenntnis nach noch keine Klärung herbeigeführt worden und beschränkte sich scheinbar bisher lediglich auf Gespräche, die vom Gemeindevorstand mit der Kinderkrippe geführt wurden, wie in der Gemeindevertretung berichtet.

Seine Fraktion bitte um eine Sachstandsdarstellung mit zeitlichem Verlauf, insbesondere auch im Hinblick auf eine voraussichtliche Klärung und Abschluss des Vorganges und einer ggf. rechtlichen Beurteilung.

Bürgermeister Eidam erläuterte, dass der Eltern-Kind-Verein am 16.12.13 im Gemeindevorstand mitgeteilt habe, die Trägerschaft der Kindergruppe Fliegenpilz abgeben zu wollen. Bei dem anschließenden Gespräch habe die Gemeinde die Übernahme in kommunale Trägerschaft angeboten, was jedoch von dem Vorstand der Kindergruppe abgelehnt wurde. Die Aussage des Vorstandes war, dass man sich selbst einen neuen Träger suche und bereits mit dem paritätischen Wohlfahrtsverband Kontakt aufgenommen habe.

Ende März 2014 sei dann von dem Vorstand des Vereins eine Kalkulation bzw. Haushaltsplan 2014 vorgelegt worden. Die darin aufgeführten Berechnungsgrundlagen basierten auf dem KiföG. Danach ergaben sich kalkulierte Defizite in Höhe von 75.000,-- € (2,0 Stellen) und ca. 54.500,-- € (2,5

Stellen). Dem Vorstand des Fliegenpilzes sei bekannt, dass in dieser Höhe kein Haushaltsansatz im Haushalt der Gemeinde bestehe und dass eine Erhöhung des Zuschusses, ohne die Vorlage eines verlässlichen Zahlungswerkes nicht erfolgen könne.

Bis heute liege keine Abrechnung aus 2013 sowie keine Ist-Zahlen aus 2014 vor. Dieser Sachverhalt, so Herr Eidam, sei im April 2014 im Gemeindevorstand erörtert worden.

In einem Schreiben des Vorstandes vom 29.04.2014 teilte man der Gemeinde mit, dass man aus der Zeitung entnommen habe, dass die Gemeinde den Zuschuss nicht erhöhe, jedoch wurde eine solche Aussage nie getroffen.

Im Mai 2014 habe die Gemeinde erneut Kontakt zu dem Eltern-Kind-Verein aufgenommen. Der Verein hatte bis dato jedoch keine neueren Informationen vom Vorstand des Fliegenpilzes erhalten. Inwieweit es weitere Kommunikation zwischen den beiden Beteiligten gab, sei nicht bekannt.

Eine erneute Nachfrage vom 27.05.2014 bei der Kindergruppe Fliegenpilz ergab, dass es nach wie vor keinen neuen Träger gebe.

Auf Nachfrage beim Landkreis erfuhr die Gemeinde am 26.06.2014, dass der Vorstand des Fliegenpilzes einen Antrag beim Jugendhilfeausschuss des Landkreises Marburg-Biedenkopf gestellt habe mit dem Ziel, sich als freier Träger der Jugendhilfe anerkennen zu lassen. Über diesen Antrag sei jedoch noch nicht weiter beraten, da noch nicht alle erforderlichen Unterlagen eingereicht wurden. Der Vorstand des Fliegenpilzes sei zum Nachreichen der noch fehlenden Unterlagen bereits am 20. Mai 2014 schriftlich aufgefordert worden. Bis heute lägen allerdings diese Unterlagen dem Kreis noch nicht vor. Die Gemeinde habe dann ihrerseits an die Vorlage dieser Unterlagen erinnert. Ob eine Anerkennung als freier Träger tatsächlich erfolgen werde, konnte von dem zuständigen Sachbearbeiter nicht eingeschätzt werden, da die Entscheidung letztlich vom Jugendhilfeausschuss auf der Grundlage der vorzulegenden Unterlagen (Konzeption, Struktur usw.) gefällt werde.

Herr Bürgermeister Eidam erklärte weiter, dass bis dato die Kindergruppe Fliegenpilz stets unterstützt wurde und die Gemeinde dies auch weiterhin tun möchte.

Sobald der Gemeinde die Entscheidung zur neuen Trägerschaft vorliege und ein verlässliches aktuelles Zahlenwerk vorgelegt werde, könne eine weitere Beratung im Gemeindevorstand erfolgen und eine Empfehlung der Beschlussfassung an die Gemeindevertretung gegeben werden.

Beratungsergebnis: ohne

12.2. Anfrage der SPD-Fraktion vom 30.06.2014 zum Zustand des gemeindeeigenen Abwasserkanalnetzes

Drucksache: 41/30/2014/11-16

Herr Rolf Hintermeier (SPD) stellte die schriftliche Anfrage seiner Fraktion vor: Die Gemeinde Weimar (Lahn) ist eine der wenigen Kommunen in Hessen, die noch über eigene Abwasserkanalnetze verfügt und somit auch auf Grundlage der geltenden rechtlichen Regelungen eine ordnungsgemäße Abwasserableitung sicherzustellen hat.

In den letzten Jahren wurden aufgrund rechtlicher Bestimmungen mehrfach Befahrungen der Abwasserkanäle in den einzelnen Ortsteilen und Sanierungen durchgeführt. Besonders auch im Hinblick auf einen evtl. notwendigen offenen Sanierungsbedarf und dem jeweiligen Straßenzustand bitten wir um die

Beantwortung gemäß Anlage zu den jeweiligen Ortsteilen und weiterhin um eine grafische Übersicht, z.B. in Form eines Lageplanes, wo eine offene Sanierung notwendig ist. Weiterhin bitten wir zu den jeweiligen Ortsteilen um eine Kostenaufstellung über bereits in 2014 erfolgte Sanierungen und um eine Kostenschätzung des zu erwartenden Sanierungsbedarfes bis zum Ende des Haushaltsjahres 2014.

Seine Fraktion bitte um schriftliche Beantwortung dieser Anfrage.

Bürgermeister Eidam antwortete, dass die schriftliche Beantwortung in den nächsten Tagen zugehe.

Beratungsergebnis: ohne

12.3. **Anfrage der SPD-Fraktion vom 30.06.2014 zur Planung Allna-Renaturierung**

Drucksache: 60/8/2014/11-16

Herr Koch (SPD) stellte die schriftliche Anfrage seiner Fraktion vor:

Die naturschutzrechtlichen Kompensationsmaßnahmen für die B-Pläne „Am roten Weg“, Niederweimar und „Große Hohl“ in Niederwalgern sollen bei der Allna-Renaturierung verwirklicht werden.

Seine Fraktion bitte um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie ist der Stand der Umsetzung der Allna-Renaturierung?
2. Welche Kosten entstehen voraussichtlich für die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen, aufgegliedert nach den Maßnahmennummern A1 – A4 „Am roten Weg“, A1 – A3 „Große Hohl“ und der noch nicht durch Verpflichtungen belegten Maßnahmen?
3. Welche Kosten der Einzelmaßnahmen sind durch Erschließungsbeiträge bereits abgedeckt und verfügbar?
4. Welche Kosten für die Einzelmaßnahmen sind noch von den Käufern der Grundstücke einzufordern?
5. Welche Kosten der Einzelmaßnahmen übernimmt die Gemeinde?
6. Wie hoch ist die Aufwertung nach Biotopwertpunkten der aktuellen Kompensationsverordnung der in der Frage 2 genannten Einzelmaßnahmen und wie viele Biotopwertpunkte stehen noch für andere Maßnahmen zur Verfügung?

Auch hier bitte seine Fraktion um schriftliche Beantwortung, welches ebenfalls von Bürgermeister Eidam für die nächsten Tage angekündigt wurde.

Beratungsergebnis: ohne

Mündliche Anfragen:

1. Herr Kisslinger (Fraktionsvorsitzender CDU) bat um Beantwortung folgender Fragen:

Nach einem tödlichen Badeunfall im Sommer 2012 kam es zu einer massiven Behinderung der Rettungskräfte durch parkende Fahrzeuge an der Zufahrt zum Seepark in Niederweimar.

1. Was wurde zwischenzeitlich vom Gemeindevorstand als zuständige Ordnungsbehörde initiiert, um die Parksituation am Seepark zu entschärfen?
2. Gab es eine Übung mit den Rettungskräften und wenn ja, welche Erkenntnisse sind aus dieser Übung erwachsen?
3. Wie oft hat der Gemeindevorstand im Jahre 2013 und 2014 den

- ruhenden Verkehr im Bereich der Zufahrt zum Seepark kontrolliert?
4. Wieviele Ordnungswidrigkeiten und Bußgeldverfahren wurden in 2013 und 2014 wegen Park-/Verkehrsverstößen verhängt?

Bürgermeister Eidam antwortete wie folgt:

Zu 1:

Die Beschilderung der Halteverbotszonen im Bereich der Zu- und Abfahrt zum See wurden überprüft und zum Teil erneuert bzw. angepasst. Am Beginn des großen Parkplatzes wurde ein breiter Ausfahrtsbereich eindeutig gekennzeichnet, so dass klar sei, dass dieser Bereich nicht beparkt werden dürfe.

Für die Überwachung des ruhenden Verkehrs wurde wieder ein Hilfspolizeibeamter eingestellt, der das Parken am See vorrangig an den sogenannten „Hochbadetagen“ überwache. Unterstützt werde er bei Bedarf durch einen weiteren Polizeibeamten.

Durch die Anlegung des Fußgängerstreifens konnte die Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer erheblich verbessert werden. Durch diesen neuen Weg sei auch ein Beparken der Zu- bzw. Abfahrt so gut wie ausgeschlossen.

Zu 2.:

Eine Übung mit Rettungskräften der Kommunalen Feuerwehren gab es bisher nicht, sei jedoch gemeinsam mit den Rettungskräften vom DRK etc. laut Gemeindebrandinspektor vorgesehen.

Nach dem tragischen Unfall Anfang Oktober 2012 habe eine Besprechung mit KBI Schäfer, einem Vertreter des DRK, den Betreibern des Sees sowie Vertretern der Gemeinde und ihm, dem Bürgermeister, stattgefunden. Ziel dieser Besprechung war es, eine Nachbetrachtung des Unfalles vorzunehmen sowie eine Erarbeitung von Maßnahmen zur Verbesserung der Abläufe, wenn Rettungseinsätze erforderlich werden.

Dabei wurden eine Reihe von Maßnahmen besprochen und auch umgesetzt.

Bezüglich der Ausweisung einer 2. Rettungszufahrt über das alte Cemexwerk hätten Gespräche stattgefunden. Diese soll später über den Flutgraben in Höhe des Nacktbadebereiches über das Gelände führen.

Zu 3. und 4.:

Der Hilfspolizeibeamte habe Anweisung, die Parksituation am See regelmäßig während der Hochbadetage zu kontrollieren. Dies erfolgte im Jahr 2013 an 3 Tagen. Es wurden 7 warngeldpflichtige Verwarnungen verhängt. Im Jahre 2014 wurden bisher an 2 Tagen insgesamt 34 Verwarnungen verhängt. Ein Abschleppen von Fahrzeugen wurde bisher nicht erforderlich.

Frau Schneider (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) erklärte, dass die Badegäste die Rettungswegemarkierung nicht als solche erkennen. Hier sei ein Hinweis notwendig.

13. Verschiedenes

- a) Herr Kisslinger (Fraktionsvorsitzender CDU) kündigte an, dass seine Fraktion nach der Sommerpause ihren Antrag auf Durchführung einer Organisationsuntersuchung für Bauhof und Verwaltung erneuern werde.

- b) Herr Rabenau (SPD) erklärte, dass er positiv festgestellt habe, dass der Hochwasserdeich bei Roth gemäht und das Gras jedoch nicht entfernt, sondern gemulcht wurde. Seiner Meinung nach biete das beste Voraussetzungen für Nager, die sich dort ansiedeln und den Deich durchhöhlen könnten.

Bürgermeister Eidam erklärte, dass der gemeindliche Mulcher derzeit kaputt sei und man daher die Gemeinde Fronhausen im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit gebeten habe, die Arbeiten auszuführen.

- c) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Barth, wies nochmal auf folgende Veranstaltungen hin:
- a) 40-jähriges Gemeindejubiläum am 28.07.2014, 18.00 Uhr, Bürgerhaus Niederweimar,
 - b) Ab dem 02.08.2014 Dorfmarkt Wenkbach, Fassanstich,
- d) Die nächste Sitzungsrunde findet wie folgt statt:
Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport: 15.09.2014,
Ausschuss für Bau, Planung, Energie und Umweltschutz: 16.09.2014,
Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss: 17.09.2014,
Gemeindevertretung: 25.09.2014.
- e) Herr Barth gab weiterhin bekannt, dass er die Berichte aus den Verbandsversammlungen auf die Tagesordnung nehmen werde. Er bat daher die Verbandsvertreter, sich entsprechend vorzubereiten.

Ende der Sitzung: 21.50 Uhr.

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

Kurt Barth

Rita Rohrbach